Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 742

des Abgeordneten Dr. Philip Zeschmann (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1905

Zum Prozedere im Kreistag Oder-Spree

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im Kreistag Oder-Spree wurde mehrfach mündlich zu Protokoll gegeben, dass der Vorsitzende des Kreistags und seine Stellvertreter einen sog. Geschäftsordnungsschuss bildeten, der auch für die Behandlung von Petitionen zuständig sei. Dies sei auch in der vom Kreistag beschlossenen Zuständigkeitsordnung vom 22.07.2019 so geregelt.

So entscheidet dieses Gremium ohne Beteiligung der in ihm nicht vertretenen Fraktionen über Geschäftsordnungsfragen, bereitet Vorlagen vor und führt sogar Anhörungen in kreispolitisch relevanten Themen durch. Auch die Behandlung von Petitionen erfolgt dort.

Eine entsprechende Regelung dazu findet sich jedoch weder in der BbgKVerf noch in der Hauptsatzung noch in der Geschäftsordnung des Kreistags Oder-Spree.

Frage 1: Ist eine derartige Regelung enthaltende Zuständigkeitsordnung rechtlich zulässig, die diesem Gremium Aufgaben des Kreistags überträgt, ohne dass eine spiegelbildliche Repräsentation gewährleistet wird? Wenn ja, auf welcher konkreten Rechtsgrundlage?

zu Frage 1: Eine Zuständigkeitsordnung kann im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung vom Kreistag beschlossen werden. Eine konkrete Regelung über Inhalte und Themen einer Zuständigkeitsordnung ist in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nicht vorgesehen. Die Zuständigkeitsordnung und deren Inhalt müssen jedoch im Einklang mit der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg bzw. anderen Gesetzen und Verordnungen stehen.

Frage 2: Ist eine Behandlung von Petitionen ausschließlich in diesem Gremium - ohne dass auch nur die Petitionen selbst oder gar eine Reaktion darauf den Mitgliedern des Kreistags (an die sie in der Gesamtheit gerichtet sind) bekannt gemacht werden, zulässig? Wenn ja, auf welcher konkreten Rechtsgrundlage beruht dieses Gebaren? Wie ist dieses Vorgehen mit Art. 17 GG vereinbar?

zu Frage 2: Der Geschäftsordnungs- und Petitionsausschuss berät nach § 3 Absatz 4 der Zuständigkeitsordnung des Landkreises Oder-Spree über Petitionen und gibt dem Kreistag Empfehlungen. Die abschließende Beschlussfassung über Petitionen obliegt selbstverständlich dem Kreistag. Der Geschäftsordnungs- und Petitionsausschuss entscheidet somit nicht allein über den Umgang mit Petitionen, sondern gibt dem Kreistag lediglich Beschlussempfehlungen.

Frage 3: Auf welcher Rechtsgrundlage bezogen auf die BbgKVerf agieren der Vorsitzende des Kreistags Oder-Spree und seine Stellvertreter in Sachen Geschäftsordnung und den übrigen genannten Bereichen?

zu Frage 3: Nach § 3 Absatz 4 der Zuständigkeitsordnung des Landkreises Oder-Spree berät der Geschäftsordnungs- und Petitionsausschuss den Vorsitzenden des Kreistages unter anderem in Fragen der Geschäftsordnung. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ist dieses Vorgehen nicht unüblich und widerspricht nicht geltenden Rechtsgrundlagen.

Frage 4: Gibt es eine Rechtsgrundlage in der BbgKVerf für einen „Geschäftsordnungsschuss“ auf Kreisebene, der allein durch den Vorsitzenden des Kreistags und seiner Stellvertreter gebildet wird? Wenn ja, welche genau ist/sind das und wie leitet sich daraus das Recht auf einen derart gestalteten „Geschäftsordnungsschuss“ konkret her?

Frage 5: Inwiefern ist es für einen solchen „Geschäftsordnungsschuss“ zulässig, abweichend von den ansonsten geltenden Regelungen, dass die Fraktionen in den Ausschüssen und im Kreisausschuss entsprechend ihrer Stärke repräsentiert seien müssen, zu verfahren? Wie und auf welcher Rechtsgrundlage wird der Vorsitzende eines solchen „Geschäftsordnungsschusses“ gewählt, denn der Vorsitzende des Kreistags Oder-Spree beansprucht dieses Amt für sich und übt es auch aus.

zu den Fragen 4 und 5: Der Geschäftsordnungs- und Petitionsausschuss nimmt im Landkreis Oder-Spree die Funktion des Ältestenrates wahr. Einer Rechtsgrundlage in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg bedarf es dafür nicht.

Der Ältestenrat ist ein rechtlich zulässiges Gremium, welches mit dem Vorsitzenden und dessen Stellvertretern besetzt sein kann. Es handelt sich dabei nicht um einen Ausschuss nach § 43 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, so dass eine Sitzverteilung nach § 43 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nicht erfolgen muss.

Frage 6: Wenn es keine Rechtsgrundlage für einen derart gestalteten „Geschäftsordnungsschuss“ auf Kreisebene gibt, wie ist dann mit Vorlagen umzugehen, die aus Beratungen diese „Gremiums“ hervorgehen? So wird derzeit durch dieses „Gremium“ dem Vernehmen nach eine neue Geschäftsordnung erarbeitet, wobei eine Einbeziehung oder Inkenntnissetzung der in ihm nicht vertretenen Fraktionen nicht erfolgt. Ist ein derartiges Vorgehen mit grundlegenden demokratischen Prinzipien vereinbar? Wenn ja, wird das juristisch begründet?

Frage 7: Wenn es keine Rechtsgrundlage für einen solchen „Geschäftsordnungsschuss“ auf Kreisebene gibt, wie ist damit umzugehen bzw. wie gedenkt die obere Kommunalaufsicht konkret einzugreifen? Wird sogar bei der Bildung unzulässiger Eigen-Gremien unter Ausgrenzung von Teilen des Kreistages wieder nur auf den Klageweg verwiesen oder ein Anlass zum Einschreiten aufgrund eklatanter Umgehung demokratischer Strukturen gesehen?

zu den Fragen 6 und 7: Es wird auf die Antwort zu den Fragen 2 und 4 verwiesen.